

Gemeinsam gegen die ungerechten Sparmassnahmen

Die Delegierten haben zahlreich an der ausserordentlichen Versammlung vom 5. Juni teilgenommen. Die vom Vorstand vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen und eine grosse Mobilisierung für den 14. Juni beschlossen, um ein starkes Signal an den Staatsrat zu senden.



Nach einer detaillierten Erörterung der vom Staatsrat vorgeschlagenen Sparmassnahmen (siehe Kasten) und ihrer langfristigen Auswirkungen haben sich die Delegierten mit zahlreichen Fragen und Bemerkungen in die Diskussion eingebracht.

In den nächsten Jahren sind auf Kosten der Staatsangestellten nicht weniger als 186 Millionen Einsparungen geplant, **von denen die Jungen als erste betroffen sein werden**. Insbesondere die Einfrierung der Lohnprogression wird junge und neu eingestellte Beschäftigte besonders hart treffen. Dies ist ein besonders heikler Aspekt, wenn man die bereits bestehenden Rekrutierungsprobleme gewisser Sektoren wie dem Bildungsbereich, der Polizei und dem Gesundheitswesen bedenkt.

Ganz generell haben die Delegierten besonders auch die rücksichtslose Vorgehensweise bemängelt. Die FEDE wird vor vollendete Tatsachen gestellt und verfügt über weniger als einen Monat Zeit, um auf ein **Massnahmenpaket bisher nie gesehenen Ausmasses** zu reagieren. Noch nie zuvor wurden solch einschneidende Kürzungen ohne vorhergehende Verhandlungen eingeführt, wie der Präsident der FEDE ausführte. Die Vor-

gehensweise ist umso schockierender, als die Entscheidungen, die getroffen werden, die Staatsangestellten über mehrere Jahrzehnte hinweg beeinträchtigen werden. Die FEDE wehrt sich dagegen, bei Strukturmassnahmen, die **solch langfristige Auswirkungen** nach sich ziehen, in die Pfanne gehauen zu werden. Sie ist zwar durchaus bereit, einen Beitrag zu leisten, dafür müsste aber Schritt für Schritt und über Verhandlungen vorgegangen werden. Sie kann aber keinesfalls einem Massnahmenpaket solchen Ausmasses zustimmen.

Die Delegierten haben auch ihren Befürchtungen in Zusammenhang mit der **Stellenbeschränkung** Luft gemacht. Im öffentlichen und halböffentlichen Sektor müssen viele Institutionen bereits mit einem absoluten Minimum an Mitarbeitenden auskommen, und die vorgeschlagene Massnahme, die darin besteht, während zwei Jahren keine weiteren Personen einzustellen, ist schlichtweg unhaltbar. Es liegt auf der Hand, dass es gerade angesichts der steigenden Bevölkerungszahlen unmöglich sein wird, unseren Aufgaben gerecht zu werden, was sich zum Nachteil der Bevölkerung auswirken wird, wie mehrere Delegierte einbrachten.

Die Resolution, die diese unterschiedlichen Ängste und Befürchtungen zusammenfasst (ausführlich nachzulesen im unten stehenden Dokument), wurde von den anwesenden Delegierten einstimmig angenommen. Sie ruft auch nochmals in Erinnerung, dass sich die Angestellten des öffentlichen Dienstes von diesen Massnahmen auf ungerechte Art und Weise betroffen fühlen, besonders, da weder die **Qualität der von ihnen erbrach-**

ten Leistungen noch die **bereits von ihnen erbrachten Opfer** in Erwägung gezogen werden. Denn es sind die Staatsangestellten, die von den vom Staatsrat vorgeschlagenen Sparmassnahmen am stärksten betroffen sind – und ist es tatsächlich an ihnen, die Kosten für die wenig weitsichtige Politik der Behörden in Bezug auf die Entwicklung des Kantons zu bezahlen und die Rolle der „Konjunkturvariablen“ zu übernehmen?

Aus all diesen Gründen müssen wir dem Staatsrat ein deutliches Signal senden und rufen daher zu einer Massenkundgebung am 14. Juni um 17 Uhr auf dem Georges-Python-Platz auf, um geschlossen für unsere Anliegen aufzutreten. Kommt zahlreich, bringt eure Kolleginnen und Kollegen mit und zögert nicht, eure Arbeitskleidung zu tragen!

Bernard Fragnière - Präsident FEDE